

**Aufruf an alle politischen Akteure in Deutschland:
Das Lieferkettengesetz muss bleiben!**

Die Gemeinwohl-Ökonomie und das Lieferkettengesetz

Die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung hat sich bereits frühzeitig für die Einführung eines deutschen sowie europäischen Lieferkettengesetzes stark gemacht. Das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), kurz Lieferkettengesetz, trat im Januar 2023 in Kraft, während das europäische Lieferkettengesetz (CSDDD) am 15. März 2024 verabschiedet wurde. Das CSDDD wurde im Rahmen der Verhandlungen immer weiter abgeschwächt, was auch von der Gemeinwohl-Ökonomie kritisiert wird.¹

Das CSDDD muss nun ab dem Jahr 2027 in deutsches Recht umgesetzt und schrittweise auf deutsche Unternehmen angewendet werden. Zwischen dem europäischen CSDDD und deutschen LkSG gibt es einige Unterschiede, jedoch verlangen beide die Beachtung von Sorgfaltspflichten durch Unternehmen, in Bezug auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards entlang der gesamten Lieferkette.

Sowohl die Menschenrechte (Menschenwürde; Solidarität und Gerechtigkeit; Transparenz und Mitentscheidung) als auch Umweltstandards (ökologische Nachhaltigkeit) werden in allen vier Wertekategorien der Gemeinwohl-Bilanz berücksichtigt. Folgerichtig unterstützte die Gemeinwohl-Ökonomie Deutschland e.V. bereits im Herbst 2019 die Initiative Lieferkettengesetz unter dem Motto „Gegen Gewinne ohne Gewissen hilft nur ein gesetzlicher Rahmen!“²

Aktuelle Debatte

Das deutsche Lieferkettengesetz (LkSG), steht aktuell unter zunehmender Kritik. Am 5. Dezember 2024 debattierte der deutsche Bundestag über Anträge von CDU/CSU und FDP zur Aufhebung des Lieferkettengesetzes. Auch Politiker*innen anderer Fraktionen stellen die Abschaffung des Gesetzes in Aussicht und diskutieren dies öffentlich. Die Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes wäre ein falsches Signal aus Sicht der Gemeinwohl-Ökonomie. Es würde auch nur einen Aufschub bringen, da ab 2027 die europäische Regelung schrittweise in deutsches Recht übernommen werden muss.

In der Debatte um das LkSG wird u.a. von überbordenden bürokratischen Aufgaben gesprochen. Gerade kleine Unternehmen würden darunter leiden, weil große Unternehmen

¹ <https://germany.econgood.org/eu-staaten-stimmen-fuer-stark-abgeschwaechtes-lieferkettengesetz/>

² <https://germany.econgood.org/gemeinwohl-oekonomie-deutschland-unterstuetzt-initiative-lieferkettengesetz-de/>

Aufruf an alle politischen Akteure in Deutschland:
Das Lieferkettengesetz muss bleiben!

lange Anforderungskataloge schickten. So berichtete die WirtschaftsWoche am 07. April 2023³ von einer Metzgerei, die von einem Großkunden aufgefordert wurde, diverse Kontrollmechanismen einzuführen und Ergebnisse zu dokumentieren. In diesem Artikel wird der gesetzliche Rahmen für die Handlungen des Großunternehmens verantwortlich gemacht. Die Frage, die zuerst einmal zu klären ist, ob es sich tatsächlich um gesetzliche Vorgaben handelt oder ob das Großunternehmen es sich in der Umsetzung (zu) leicht macht. Im ersteren Fall sollte nachgebessert werden, damit in einem ersten Schritt hohe Risiken erkannt und reduziert werden. Im zweiten Fall sollte darauf hingewirkt werden, dass die Großunternehmen ihre Prüfpflicht nicht einfach auf Kosten anderer auslagern.

Gründe für ein Lieferkettengesetz

Es ist wichtig festzuhalten, warum ein Lieferkettengesetz gebraucht wird und welche Ziele erreicht werden sollen. Das Ziel allen wirtschaftlichen Handelns sollte sein, den eigenen Wohlstand nicht auf Kosten anderer Menschen (in anderen Ländern) zu mehren, weder heutiger noch zukünftiger Generationen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Maßstäbe die wir uns in Deutschland bezüglich Menschenwürde, Umweltschutz und Mitbestimmung setzen, in allen Regionen weltweit gelten, aus denen wir Güter beziehen. Dies ist nicht nur aus ethischer Sicht das Richtige. Menschen verdienen es, eine Lebensgrundlage und -perspektive zu haben. Finden sie diese in ihrer Heimat nicht vor, machen sie sich auf die Suche, vom Dorf in die Stadt, von einer Region in eine andere, von einem Land in das nächste, wenn nötig auf einen anderen Kontinent. Durch die wirtschaftliche Verflechtung der heutigen Welt, kann der Wohlstand einiger auf der Ausbeutung von Menschen oder der Vernichtung ihrer Lebensgrundlagen durch Umweltzerstörung oder Vertreibung basieren. Hier gilt es, einen klaren Rahmen zu setzen und nicht auf das Gute im unternehmerischen Handeln zu vertrauen.

In einem zweijährigen Forschungsprojekt hat eine Gruppe von internationalen Wissenschaftler*innen verschiedene Zukunftsszenarien untersucht, „wie Wohlergehen für alle innerhalb der planetaren Grenzen unseres Planeten in diesem Jahrhundert erreicht werden kann.“⁴ Im Ergebnis kommen sie zu 12 Kernaussagen, von denen die folgenden drei unsere Forderung nach einem Lieferkettengesetz unterstützen:

³<https://www.wiwo.de/politik/deutschland/buerokratie-wie-eine-kleine-metzgerei-in-die-muehlen-des-lieferkettengesetzes-geriet/29083752.html>

⁴Earth for All: Ein Survivalguide für unseren Planeten – ZUSAMMENFASSUNG (2022)

**Aufruf an alle politischen Akteure in Deutschland:
Das Lieferkettengesetz muss bleiben!**

Kernaussage 3: Wenn keine Gegenmaßnahmen getroffen werden, wird in den kommenden Jahrzehnten die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer werden. Zunehmende soziale Spannungen sind zu erwarten. Das zerstörerische Ausmaß der Ungleichheit und die zunehmenden klimatischen und ökologischen Notsituationen werden wahrscheinlich massiv zu zunehmenden sozialen Spannungen beitragen.

Kernaussage 5: Es wird fünf außergewöhnlicher Kehrtwenden in Bezug auf Armut, Ungleichheit, Gleichberechtigung, Nahrungsmittel und Energie bedürfen.

Kernaussage 9: Die wirtschaftliche Umgestaltung erfordert starke, aktive Regierungen, die die Märkte neu gestalten und die in langfristige Infrastrukturprojekte investieren.

Unternehmen unterstützen das Lieferkettengesetz

Es gibt Unternehmen, die sich freiwillig mit den Folgen ihres Handelns auseinandersetzen und versuchen ihre negativen Aspekte zu minimieren. Die Gemeinwohl-Bilanz ist ein Instrument, um Organisationen einer 360° Analyse zu ihrem Einfluss auf das Gemeinwohl zu unterziehen. Hierzu gehört es, sich mit der eigenen Lieferkette auseinanderzusetzen. Es gibt aktuell über 1.300 Unternehmen, die eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt haben. Sie zeigen, dass Gemeinwohl-orientiertes Handeln und unternehmerischer Erfolg sehr wohl und sehr gut zusammenpassen. Sie setzen sich aktiv für ein wirksames Lieferkettengesetz ein.

Forderungen der Gemeinwohl-Ökonomie

Als Gemeinwohl-Ökonomie sehen wir das Lieferkettengesetz (LkSG) als Notwendigkeit, um verfassungsgemäß ein Mindestmaß an Menschenwürde und ökologischer Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Es gibt bereits heute viele Unternehmen, die über diese Minimalanforderungen des LkSG hinaus gehen. Wir empfehlen daher Unternehmen, die nachweislich gemeinwohl-orientierter wirtschaften, mit unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Anreizen zu unterstützen. Z.B. durch einen geringeren Mehrwertsteuersatz, Steuererleichterungen, einfacheren Zugang zu Fördergeldern und Krediten oder Vorrang bei der öffentlichen Beschaffung.

Die GWÖ hat die Förderung einer gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohl-Orientierung zum Ziel. Daher sehen wir eine Prüfung des aktuellen Lieferkettengesetzes und dessen

Januar 2025

Aufruf an alle politischen Akteure in Deutschland:
Das Lieferkettengesetz muss bleiben!



Anwendung in der Praxis als sinnvollen Schritt an. Zu prüfen ist, ob die bürokratischen Folgen im Gesetz begründet liegen, in der Anwendung des Gesetzes durch Großunternehmen oder in der Praxis hochriskanter wirtschaftlicher Aktivitäten. In keinem Fall sollte das Gesetz abgeschafft werden. Wenn das Gesetz hohe bürokratische Auflagen verlangt, die für kleine Zulieferbetriebe eine unangemessen hohe Belastung darstellen, dann sollten hier Vereinfachungen eingeführt werden. Liegt eine problematische Anwendung durch Großunternehmen vor, sollten diese in die Pflicht genommen werden, ihre Sorgfaltspflicht nicht auf kleine Unternehmen abzuwälzen. Sind Unternehmen in hochriskanten Unternehmensaktivitäten eingebunden, sollten sie auch entsprechende Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Menschen umsetzen und die daraus folgenden Mehrkosten übernehmen. Auf diese Weise treten sie in einen faireren Wettbewerb mit Unternehmen, die bereits fair und gemeinwohl-orientiert agieren und tragen dazu bei, Ursachen für Migrationsbewegungen zu reduzieren.